



Patrouille an der ukrainisch-slowakischen Grenze, Asylbewerber Hirsi: „Wir wurden wie Tiere gehalten“

Europas Türsteher

Asyl Die Ukraine sperrt Flüchtlinge in Gefängnisse – und erhielt dafür Unterstützung von der EU. Der Somalier Hasan Hirsi brauchte fast drei Jahre, um freizukommen.

Seit eineinhalb Jahren lernt Hasan Hirsi Deutsch, inzwischen jeden Tag fünf Stunden lang, von 13 bis 18 Uhr; doch für das, was ihm vor seiner Ankunft in Deutschland widerfahren ist, findet er immer noch keine Worte.

Hasan Hirsi, 21 Jahre alt, Flüchtling aus Somalia, kauert auf einem zerschlagenen Sofa in einer Wohnung in Landau, Rheinland-Pfalz, die er sich mit drei weiteren Asylbewerbern aus Somalia teilt. Er trägt einen grauen Kapuzenpullover und kurze schwarze Haare. Neben ihm sitzt ein Rentner aus Landau, der sich ehrenamtlich um Flüchtlinge kümmert. Er will Hirsi dabei helfen, im neuen Leben anzukommen.

Aber Hirsi tut sich schwer, abzuschließen mit dem, was hinter ihm liegt. In seinen Träumen kehren die Erinnerungen an die Ukraine zurück; jenes Land, in dem er lange Zeit feststeckte und das er nur „die Hölle“ nennt. Hirsi blickt zu Boden. „Es ist schwierig“, sagt er. Er wiederholt dieses Wort in verschiedenen Sprachen: „schwierig“, „difficult“.

Nach seiner Flucht aus Somalia im Sommer 2008 hat Hirsi mehrmals versucht, auf dem Weg über die Ukraine Europa zu erreichen. Jeweils einmal wurde er von

ukrainischen und von ungarischen Grenzschützern aufgehalten, zweimal von slowakischen Polizisten. Ukrainische Sicherheitskräfte hätten ihn ausgeraubt, verprügelt und gefoltert, sagt er. Nachdem er aufgegriffen worden war, verbrachte er insgesamt fast drei Jahre in vier verschiedenen ukrainischen Haftanstalten – und das, obwohl er kein anderes Verbrechen begangen hatte, als in Europa Schutz zu suchen.

Die meisten Migranten kommen über Italien und Griechenland nach Europa. Eine breite Koalition von Papst Franziskus bis Bundespräsident Joachim Gauck fordert einen besseren Schutz für Flüchtlinge an Europas Südgrenze. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) beschreibt die Route über das Mittelmeer als die tödlichste der Welt. Für das Schicksal von Migranten, die sich, wie Hasan Hirsi, darum bemühen, über den Osten nach Europa zu gelangen, interessiert sich hingegen kaum jemand.

Der SPIEGEL und das ARD-Magazin „Report Mainz“ haben die Geschichte von Flüchtlingen recherchiert, die auf dem Weg nach Europa in der Ukraine monatelang in Gefängnisse gesperrt worden waren.

Die EU hat der Ukraine 30 Millionen Euro bereitgestellt. Damit werden Haftanstalten für Migranten gebaut und renoviert sowie weitere Einrichtungen, in denen Flüchtlinge vorübergehend untergebracht sind. Die Internationale Organisation für Migration erhielt mehrere Millionen Euro, um die ukrainischen Behörden unter anderem bei der Internierung von Migranten ohne Papiere zu unterstützen. Brüssel wollte auf diese Weise offensichtlich die Zahl der Asylbewerber in Europa eindämmen – unbemerkt von der Öffentlichkeit.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisierte 2010, die EU habe Millionen Euro investiert, um den Flüchtlingsstrom von Europa in Richtung Ukraine zu lenken. Sie habe jedoch nicht genügend unternommen, um sicherzustellen, dass Flüchtlinge in der Ukraine menschenwürdig behandelt würden.

Im Zuge des Ukraine-Konflikts könnte die Flüchtlingskrise am Ostrand Europas nun eskalieren. Die Regierung in Kiew muss fast eine Million Binnenflüchtlinge versorgen, die den Gefechten zwischen Regierungstruppen und Rebellen im Osten des Landes entkommen wollten. Der Staat

FOTO: PASCAL MAITRE / COSMOS / AGENTUR FOCUS



sei kaum in der Lage, zusätzlich für Schutzsuchende aus dem Mittleren Osten und afrikanischen Ländern aufzukommen, warnt Ilja Todorowitsch, UNHCR-Vertreter in der Ukraine.

Hasan Hirsi war ein Jugendlicher, 15 Jahre alt, als er seine Heimat verlassen musste. Milizen der islamistischen Terrorgruppe al-Schabab hätten sein Dorf im Süden Somalias überfallen und seinen Vater ermordet, sagt er. Hirsi und seine Mutter seien in die Hauptstadt Mogadischu geflohen. „Geh. Du bist in diesem Land nicht sicher“, flehte die Mutter ihn an. Sie brauchte ihr Erspartes auf, lieh Geld von Verwandten und Freunden, um auf dem Schwarzmarkt Mogadischus falsche Papiere für den Sohn zu organisieren. Hirsi reiste per Flugzeug nach Moskau und von dort im Auto von Schleppern in die Ukraine.

Hirsi lächelt ungläubig, als er von seiner Ankunft in Kiew erzählt. Er hatte bis zu seiner Flucht vor der Schabab-Miliz sein Heimatdorf nie für längere Zeit verlassen. Plötzlich fand er sich allein in einer Millionenstadt wieder. Die Schleuser hatten ihn in einer Plattenbausiedlung am Stadtrand ausgesetzt. Er wusste nicht, wohin. Mehrere Tage lang irrte er durch die breiten Straßen, Passanten rempelten ihn an, Autos rauschten an ihm vorbei. Nachts schlief er in Parks oder unter Brücken. Polizisten griffen ihn bei der Weiterreise in Richtung Westen auf und brachten ihn über Umwege nach Pawschyno, ein Internierungslager für illegale Migranten in der Westukraine.

Pawschyno war unter Flüchtlingen damals als „Guantanamo des Ostens“ bekannt. Menschenrechtsorganisationen berichteten von überfüllten Räumen, katastrophalen hygienischen Bedingungen. Das Anti-Folter-Komitee des Europarats prangerte schon 2005 eine unmenschliche und erniedrigende Behandlung von Flüchtlingen an. Hirsi verbrachte mehrere Monate in dem Knast. Er sei gezwungen worden, auf dem Boden zu schlafen, sagt Hirsi. Immer wieder hätten Aufseher ihn verprügelt. Im Herbst 2008 wurde er entlassen, kurz bevor Pawschyno, auch aufgrund internationaler Proteste, endgültig geschlossen wurde. Hirsi folgte einer Gruppe Somalier auf dem Weg Richtung EU-Grenze.

Die westukrainische Stadt Uschhorod dient Migranten aus aller Welt als Durchgangsstation. Trotz des Ukraine-Konflikts versuchten auch im vergangenen Jahr wieder Hunderte, über den Osten in die EU zu gelangen. Die Flüchtlinge harren dort oft mehrere Monate lang aus, bis Verwandte Geld für die Weiterreise schicken. Ukrainische Schlepper schaffen Migranten für mehrere Hundert Euro von Uschhorod über die Grenze nach Ungarn oder in die Slowakei. Meist wählen die Schlepper Schleichwege über die Karpaten. Fast jeden Winter erfrieren Flüchtlinge auf dem beschwerlichen Weg über die Berge.

Hasan Hirsi gelangte bei seinem ersten Anlauf nachts in einem Kahn von Schleusern über die Theiß nach Ungarn. Die EU-Mitgliedstaaten sind dazu verpflichtet, Asylgesuche zu prüfen. Oft jedoch setzen sich Länder an den Außengrenzen der Union wie Ungarn oder Griechenland über die Bestimmung hinweg und schieben Flüchtlinge in Drittstaaten zurück. Hirsi beteuert, er habe die ungarischen Grenzschützer mehrmals darauf hingewiesen, in Ungarn Asyl beantragen zu wollen. Die Polizisten hätten ihn dennoch in einem Auto zurück in die Ukraine gekarrt. Auch dem UNHCR sind Fälle von „Push-Backs“ im ukrainisch-europäischen Grenzgebiet bekannt.

Ukrainische Sicherheitskräfte sperrten Hirsi in eine Baracke unweit der Grenze, gemeinsam mit mehreren Dutzend weiterer Flüchtlinge. Hirsis Hände zittern, während er über die Torturen in der Haftanstalt spricht, seine Stimme stockt. Er und die anderen Häftlinge hätten in einem dunklen Raum ohne Heizung gehaust. Selbst der Gang zur Toilette sei ihnen von den Aufsehern versagt worden. Etliche Flüchtlinge hätten in Flaschen oder auf den Boden uriniert und tagelang nichts zu essen bekommen. „Wir wurden wie Tiere gehalten“, sagt Hirsi.

Migranten landen nach ihrer Festnahme in der Ukraine meist für einige Tage in

halb offiziellen Hafteinrichtungen, bevor sie in Gefängnisse verlegt werden. Wenige Flüchtlinge haben die Chance, mit einem Anwalt zu sprechen.

Hirsi wurde immer wieder von Grenzschützern verhört. Warum bist du hier? Wer hat dich über die Grenze geschmuggelt? Wenn er nicht sofort antwortete, erzählt Hirsi, hätten sie ihn gewürgt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Mehrmals sei er mit Kabelbindern an Händen und Beinen gefesselt, mit Elektroschocks traktiert worden.

Hirsi kann die Vorwürfe gegen ukrainische Sicherheitskräfte nicht beweisen, doch seine Darstellung deckt sich mit den Erkenntnissen von Menschenrechtsorganisationen. Human Rights Watch berichtete schon 2010 über Misshandlung und Folter von Flüchtlingen durch ukrainische Grenzschützer. „Sie schlugen mir mit einer Pistole auf den Kopf. Ich lag auf dem Boden, bewusstlos. Sie zerrten mich in den Schnee. Sie traten mir mit ihren Füßen in den Nacken“, zitierte die Organisation einen Migranten aus Pakistan.

Mehrere Flüchtlinge gaben gegenüber Human Rights Watch unabhängig voneinander an, unter anderem mit Elektroschocks gequält worden zu sein. „Sie fesselten mich an einen Stuhl. Sie legten Elektroden an meine Ohren an und gaben mir Stromschläge“, sagte ein Afghane. Ein Somalier beklagte, von ukrainischen Sicherheitskräften ausgeraubt und mit dem Tod bedroht worden zu sein. „Hör mir gut zu. Du bist hier in der Ukraine. Nicht in Deutschland. Nicht in England. Hier existiert keine Demokratie“, soll ein Ukrainer zu ihm gesagt haben. „Falls du lügst, wirst du diesen Ort nicht lebend verlassen.“

Die ukrainische Regierung erklärt auf Nachfrage, ihr lägen keine belastbaren Hinweise auf Gewalt gegen Flüchtlinge in den vergangenen Jahren vor. Grenzschützer würden einer strengen Kontrolle durch staatliche und nichtstaatliche Stellen unterliegen.

Human Rights Watch hält die Aussagen der Flüchtlinge für glaubwürdig. Die Schilderungen seien „in sich schlüssig“ und präzise, heißt es in dem Bericht von 2010. Sie stimmen zudem mit einzelnen Beobachtungen des ungarischen Helsinki-Komitees überein, einer Menschenrechtsorganisation.

Die Europäische Union spannt schon länger EU-Nachbarstaaten wie Serbien, Marokko oder die Türkei für die Flüchtlingsabwehr ein. Doch in fast keiner anderen Region ist die Auslagerung der EU-Asylpolitik so weit fortgeschritten wie am östlichen Rand Europas.

Bereits in den Jahren 2000 bis 2006 erhielt die Ukraine 35 Millionen Euro für Projekte insbesondere zur Grenzsicherung über einen EU-Fonds zur Unterstützung

ehemaliger Sowjetstaaten. Etwa drei Viertel des Geldes gingen laut Human Rights Watch an private Sicherheitsfirmen. Seit 2010 gilt das sogenannte Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und der Ukraine auch für Drittstaatsangehörige. Kiew muss seither über die Ukraine eingereiste Flüchtlinge zurücknehmen, als Gegenleistung wurde ukrainischen Staatsbürgern im Zuge des Deals die Einreise nach Europa erleichtert.

Ali Jaga, ein Kriegsflüchtling aus Somalia, wurde 2009 festgenommen, als er versuchte, die ukrainisch-slowakische Grenze zu überwinden. Er landete in demselben Verließ wie Hasan Hirsi. Die beiden wurden Freunde, teilten später für einige Monate ein Zimmer in Uschhorod. „Wir waren wie Brüder“, sagt Jaga. Doch während Hirsi in den folgenden Jahren immer wieder versuchte, nach Europa zu gelangen, resignierte Jaga nach dem zweiten gescheiterten Anlauf. „Ich hatte Angst, den Rest meines Lebens in ukrainischen Knästen zu verbringen“, sagt er.



Flüchtlinge im Lager Pawshyno 2008
„Guantanamo des Ostens“

Jaga, 26, sitzt an einem Vormittag im Januar in einem Café in einem Nachbarort von Uschhorod. Er ist in einem offenen Camp für Flüchtlinge untergekommen, gemeinsam mit seiner Frau, die ebenfalls aus Somalia in die Ukraine geflohen ist. Die beiden haben einen kleinen Sohn. Er wurde in einem ukrainischen Lager geboren. Die Bedingungen für Flüchtlinge in der Ukraine seien unerträglich, klagt Jaga. Das Essen im Camp genüge gerade, um zu überleben. Sein Sohn sei krank und brauche Hilfe, doch die meisten Ärzte weigerten sich, Flüchtlinge zu behandeln.

Pro Asyl beschrieb das ukrainische Asylsystem als hochgradig korrupt. „Egal ob Entlassung aus der Haft, die Ausstellung von Papieren oder ein Bett in einem Lager: All dies ist in der Ukraine für Flüchtlinge ohne die Zahlung von Bestechungsgeldern kaum zu haben“, heißt es in dem Bericht. Die ukrainische Regierung sagt, sie würde Korruption effektiv bekämpfen.

Im Januar 2012 bereitete sich Hasan Hirsi darauf vor zu sterben. Er hatte nach dem ersten misslungenen Fluchtversuch noch drei weitere Anläufe unternommen, war jedes Mal geschnappt und für jeweils mehrere Monate weggesperrt worden. Dann schloss er sich einem Hungerstreik mehrerer Dutzend Gefangener im Gefängnis Schurawjtschi an.

Schurawjtschi liegt im Norden der Ukraine, 50 Kilometer von der Stadt Luzk entfernt, an der Grenze zu Weißrussland. Die Gegend ist menschenverlassen. Keine Häuser am Wegrand, keine Autos auf der Straße. Eine holprige Piste führt an Feldern, Stümpfen und toten Baumstümpfen vorbei in einen Nadelwald.

Das ukrainische Militär nutzte Schurawjtschi einst als Kaserne. Heute bringt der Staat in dem Gebäude Migranten unter. Meist enden in Schurawjtschi Flüchtlinge, die bei dem Versuch aufgegriffen wurden, die Außengrenze der EU zu überqueren. Sie werden bis zu ein Jahr lang in dem Lager festgehalten, manche mehrmals. Die drastischen Strafen sollten Flüchtlinge davon abhalten, in die Union weiterzureisen, glaubt Marc Speer vom Verein bordermonitoring.eu.

Politiker in Brüssel und Kiew nennen Lager wie Schurawjtschi offiziell nicht Gefängnisse, sondern „Unterkünfte“. Aber es sind Internierungslager, die die Flüchtlinge nicht verlassen dürfen.

In Schurawjtschi leben die Gefangenen hinter Stacheldraht und Mauern aus Beton. Männer in Militärkluft bewachen das Gelände. Etliche der Häftlinge sind, wie Hasan Hirsi, vor den Kriegen in Somalia oder Afghanistan geflohen. Ihr Arrest diene „keinem legitimen Zweck“ und stelle einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention dar, kritisierte das UNHCR.

Die EU erklärte 2011, mit der Unterstützung für die Hafteinrichtungen humanitäre Standards für Flüchtlinge gewährleisten zu wollen. Zu den aktuellen Vorwürfen hat sich die EU-Kommission bis Redaktionsschluss nicht geäußert.

Hirsi nahm während des Hungerstreiks sechs Wochen lang fast keine Nahrung zu sich. Wie die anderen Häftlinge wurde er schließlich mit Gewalt zum Essen gezwungen. Acht Monate später kam er frei, erneut schlug er sich in die Grenzstadt Uschhorod durch. 2013 gelang ihm die Flucht über die Slowakei nach Deutschland. Im fünften Anlauf, fünf Jahre nach seinem Aufbruch in Mogadischu.

In Landau will der junge Somalier nun seinen Schulabschluss nachholen und später als Mechaniker arbeiten. Hirsi faltet die Hände. Seine Augen sind gerötet. Er sagte, er habe noch einen weiteren Wunsch: Sein Freund Ali möge eines Tages ebenfalls aus der Ukraine freikommen. Maximilian Popp

Leise wandert der See

Hessen Salzabwässer des Konzerns K+S gefährden etliche Trinkwasserbrunnen. Die grüne Umweltministerin vertuscht Warnungen ihrer Behörden.

Die Lullusquelle und der Vitalisbrunnen beschenken der Stadt Bad Hersfeld den Titel „Hessisches Staatsbad“. Die Wässer helfen bei Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten.

Mitarbeitern des Hessischen Landesamts für Umwelt und Geologie (HLUG) bereiten die Heilquellen seit einiger Zeit vor allem Kopfzerbrechen. Kaum vier Kilometer entfernt beobachten sie an einem Tiefbrunnen, wie die Chloridkonzentration steigt. Das Grundwasser dort wird von Jahr zu Jahr salziger, mit womöglich gravierenden Folgen: „Die Beschaffenheit der Heilwässer könnte sich künftig erheblich verändern, und deren weitere Nutzbarkeit wäre infrage gestellt“, warnten die Experten im Sommer 2014 in einer Stellungnahme für den Regierungspräsidenten in Kassel.

„Begründete Besorgnis“ bestehe nicht nur für die Heilquellen. Ein Dutzend Trinkwasserbrunnen im Werra-Raum könne kurzfristig unbrauchbar werden, bei einem Brunnen sei der Chloridgehalt schon mehrmals überschritten worden.

Die Versalzung ist auf den Weltkonzern K+S zurückzuführen. Er fördert Kali aus mehreren Bergwerken und stellt daraus unter anderem Dünger her. Dabei entstehen salzige Abwässer, die das Unternehmen in den Fluss leitet oder in den Erdboden pumpt. Allein 2014 durfte K+S rund 4,5 Millionen Kubikmeter im Untergrund „versenken“.

Von der Gefahr für das Grundwasser erfuhr die Öffentlichkeit nichts. Im Gegenteil: Im September erweckte Hessens Umweltministerin Priska Hinz den Eindruck, die Situation wäre beherrschbar. Gemeinsam mit dem K+S-Chef präsentierte die Grünen-Politikerin einen „Vier-Phasen-Plan“ für die Abwasserentsorgung. „Wir haben es geschafft, erstmals eine dauerhafte Lösung für diese jahrelang ungelöste Problematik vorzulegen“, sagte die Ministerin. In 60 Jahren werde die Werra wieder „Süßwasserqualität“ haben.

Tatsächlich sichert die Vereinbarung vor allem die Jobs Tausender Kumpel in Hessen und Thüringen. Ab 2021 soll das Abwasser auch in die Oberweser geleitet werden. Bis